Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Thilo Hoppe, Ute Koczy, Uwe Kekeritz, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/11941 –**

Umsetzung des Schwerpunkts ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung in der Entwicklungszusammenarbeit und die Rolle der Privatwirtschaft

Vorbemerkung der Fragesteller

Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Dirk Niebel hat den Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung zu einem Schwerpunkt seines Ressorts erklärt. In diesem Rahmen legte das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) unter anderem das Konzept zur „Entwicklung ländlicher Räume und ihr Beitrag zur Ernährungssicherung“ im März 2011 vor. Wiederholt betonte das Bundesministerium, dass es die Privatwirtschaft in diesem Bereich vermehrt einbinden und deren Potenziale nutzen möchte. Diese Fokussierung auf den privaten Sektor drückt sich nicht zuletzt durch die gezieltere Förderung von Public-Private Partnerships (PPP), die Unterstützung der G8-Initiative New Alliance for Food Security and Nutrition (im Folgenden: New Alliance) sowie einer Beteiligung am Africa Agriculture and Trade Investment Fund (AATIF) aus. Welche Rolle der Privatsektor und insbesondere transnationale Konzerne bei einer nachhaltigen Hungerbekämpfung und Landnutzung spielen können, muss jedoch kritisch beleuchtet werden.

1. Wie viele Barmittel plant die Bundesregierung in den Jahren 2013 bis 2015 (bitte pro Jahr auflisten) für den Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu verausgaben, und wie hoch ist der Anteil, der als Darlehen vergeben wird?

Die Bundesregierung hat ihre Verpflichtung aus der G8 L'Aquila Food Security Initiative (AFSI) von 2009 vollständig erfüllt und durch das BMZ zwischen 2010 und 2012 mehr als 2,1 Mrd. Euro für Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung zugesagt.

Die Zusagen der Bundesregierung werden über bilaterale Programme der technischen und finanziellen Zusammenarbeit sowie internationale Organisationen sukzessive umgesetzt. Die Barmittelplanung für das laufende Geschäftsjahr 2013 erfolgt durch Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH dezentral und ist noch nicht abgeschlossen. Die Barmittelveraus-

gabung der KfW Bankengruppe für das laufende Jahr ergibt sich aus den Auszahlungen für die jeweiligen Vorhaben, die nach Projektfortschritt erfolgen, und steht endgültig erst nach Ablauf des jeweiligen Haushaltsjahres fest, dies gilt auch für Darlehen. Für die Jahre 2014 und 2015 wird dies erst nach der Inkraftsetzung der jeweiligen Haushalte durch den Deutschen Bundestag erfolgen.

2. Wie viele Barmittel wurden in den Jahren 2003 bis 2007 (bitte pro Jahr auflisten) für den Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit bereitgestellt, wie hoch war der Anteil, der als Darlehen vergeben wurde, und welche Form von Darlehen wurde in diesem Bereich vorwiegend gewährt?

Die Bundesregierung hat im Zuge der Umsetzung von AFSI 2010 im BMZ eine Kennung für Vorhaben der Ländlichen Entwicklung und Ernährungssicherung eingeführt, die eine individuelle Zuordnung von Programmen der Entwicklungszusammenarbeit ermöglicht. Für die Jahre 2003 bis 2007 gab es noch keine Kennung, daher kann lediglich das Volumen der Barmittel für die Maßnahmen ermittelt werden, die den OECD/DAC Kennungen für die Kernbereiche Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei, Ernährung, Biomasse, Agro-Industrien, Ländliche Entwicklung, Nichtlandwirtschaftliche alternative Entwicklung und entwicklungsorientierte Nahrungsmittelhilfe zugeordnet wurden. Die Barmittel der technischen und finanziellen Zusammenarbeit (frühere GTZ und KfW) für diese OECD-Kennungen betragen 2003 373,6 Mio. Euro, 2004 371 Mio. Euro, 2005 383,3 Mio. Euro, 2006 439,3 Mio. Euro, 2007 440 Mio. Euro. Der Anteil von Darlehen im Zeitraum von 2003 bis 2007 betrug 17,9 Prozent. Dabei handelt es sich ganz überwiegend um FZ-Darlehen (FZ = Finanzielle Zusammenarbeit) zu sog. IDA- oder Standardkonditionen (letztere auch als IBRD-Konditionen bezeichnet) der Weltbank.

3. Wird das BMZ die Zielgröße für ländliche Entwicklung in gleicher Höhe wie in den Vorjahren beibehalten oder gibt es Pläne, diese zu erhöhen?

Das BMZ plant, die Zielgröße für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung in der Höhe von 700 Mio. Euro aufrechtzuerhalten und sein Engagement auf diesem Niveau zu verstetigen. Für 2013 sind weitere Zusagen in Höhe von 700 Mio. Euro geplant.

4. Welche Differenz ergibt sich zwischen der Höhe der Mittel, die das BMZ nach eigenen Kriterien für ländliche Entwicklung bereitstellt und der Höhe der Mittel, die sich errechnen ließen, wenn das BMZ ausschließlich die Kriterien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für die Bestimmung der Öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (ODA) im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung anlegte?

Im statistischen System der OECD gibt es keine Kennung (policy marker) für Ernährungssicherung. Vorhaben können dort nur über ihre Förderbereichsschlüssel (und einige Marker, jedoch für andere Querschnittsbereiche wie für Umwelt, Aid for Trade etc.) sektoral zugeordnet werden. Diese Förderbereichsschlüssel erfassen den Hauptförderbereich eines Vorhabens und können nur einmal vergeben werden. Mit der OECD-Kennung können daher nur Vorhaben erfasst werden, deren Hauptzweck Landwirtschaft, Fischerei oder Forstwirtschaft ist oder die der entwicklungsorientierten Nahrungsmittelhilfe (Hilfe zur Ernährungssicherung) dienen. Vorhaben im ländlichen Raum, die zum Beispiel der Entwicklung der ländlichen Wirtschaft oder der Bereitstellung

sozialer Dienste und Infrastruktur auf dem Land dienen, werden mit der OECD-Kennung nicht unter ländliche Entwicklung, sondern ganz überwiegend unter der jeweiligen Sektorkennung (Bildung, Gesundheit, Transport etc.) erfasst.

Der multisektorale Ansatz ländlicher Entwicklung und Ernährungssicherung kann daher mit der OECD-Kennung nicht erfasst werden. Die BMZ-interne Kennung macht hingegen die Erfassung aller Vorhaben, die für Ernährungssicherung relevant sind möglich. Alle Vorhaben, mit dieser internen Kennung belegt werden, sind immer auch grundsätzlich ODA-fähig. Zur Rechenschaftslegung der internationalen Verpflichtungen von AFSI arbeiten auch andere Geber mit internen Kennungen, da die OECD Marker keine vollständige Erfassung des Engagements für Ernährungssicherung erlauben.

5. In welchen Ländern hat das BMZ momentan einen Schwerpunkt „Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung“, und in welchen weiteren Ländern strebt das BMZ einen solchen Schwerpunkt an?

Das BMZ hat derzeit mit dreizehn Ländern einen Schwerpunkt im Bereich Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Ernährungssicherung vereinbart. Neben Bolivien, Laos und Kambodscha gehören dazu zehn afrikanische Länder: Äthiopien, Benin, Burkina Faso, Cote d'Ivoire, Ghana, Kenia, Kongo, Mali, Niger und Togo. Die Ausweitung dieses Schwerpunktes in weiteren Ländern hängt vom Bedarf und Interesse der Partnerländer ab.

6. In welchen Ländern wurde seit 2011 in Regierungsverhandlungen der Schwerpunkt „Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung“ neu vereinbart?

In Togo wurde bei der Wiederaufnahme der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) in 2012 ein Schwerpunkt im Bereich Ländliche Entwicklung und Landwirtschaft in den Regierungsverhandlungen vereinbart.

7. Welchen Anteil hatte die Förderung des Sachbereichs Landwirtschaft in den Jahren 2007 bis 2011 (bitte nach Jahr auflisten) an den Mitteln zur Förderung der ländlichen Entwicklung und Ernährungssicherung, und wie hoch war dieser Anteil an der Gesamt-ODA?

Der Anteil der Mittel für den Förderbereich Landwirtschaft an den Mitteln für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung kann erst ab 2010 erhoben werden, da die BMZ-interne Kennung für Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung erst 2010 eingeführt wurde. 2010 betrug der Anteil für Zusagen des BMZ für bilaterale Programme im Förderbereich Landwirtschaft gemessen an den Mitteln des BMZ für bilaterale Programme der Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung insgesamt 27,5 Prozent, 2011 stieg der Anteil auf 28,8 Prozent. Der Anteil der Auszahlungen des BMZ für Landwirtschaft an der Gesamt-ODA der Bundesregierung betrug 2007 und 2008 1,3 Prozent, 2009 1,7/ Prozent, 2010 1,6 Prozent, 2011 1,8 Prozent. Aussagekräftiger ist ein Vergleich der Auszahlungen für Landwirtschaftsprogramme der bilateralen EZ mit den Gesamtaufwendungen der technischen und finanziellen Zusammenarbeit (Zuschüsse): 2007 3,7 Prozent, 2008 3,3 Prozent, 2009 3,5 Prozent, 2010 3,6 Prozent. Endgültige Zahlen für 2011 liegen noch nicht vor.

Die Zusagen des BMZ für Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung von jährlich rund 700 Mio. Euro seit 2010 betragen über 10 Prozent des Einzelplans 23.

8. Welche Maßnahmen plant das BMZ, um die Förderung der Landwirtschaft absolut und relativ zu steigern, um die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern zu verbessern und das Recht auf Nahrung umzusetzen?

Seit 2009 wurde die Förderung ländlicher Entwicklung und Ernährungssicherung wieder in den Mittelpunkt des entwicklungspolitischen Engagements des BMZ gerückt. Die Förderung der Landwirtschaft ist hierbei ein zentrales Element. Doch auch andere Aspekte der ländlichen Entwicklung wie der Auf- und Ausbau der Infrastruktur, die Verbesserung rechtlicher Rahmenbedingungen, die Förderung von Bildung und des ländlichen Gesundheitswesens sind wichtige Bausteine eines integrierten Ansatzes zur Förderung der Landwirtschaft.

9. Wie groß ist der Anteil der deutschen ODA im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung, der Kleinbäuerinnen und -bauern, Pastoralisten oder Kleinfischerinnen und -fishern zugutekommt?

Wie wird sichergestellt, dass diese Hilfe auch tatsächlich den genannten Zielgruppen zugutekommt?

Sämtliche ODA-Vorhaben der ländlichen Entwicklung zielen direkt oder indirekt auf die Bekämpfung von Armut und Hunger ab und adressieren somit insbesondere die arme ländliche Bevölkerung. Diese besteht zum größten Teil aus Kleinbäuerinnen und -bauern, Pastoralisten oder Kleinfischerinnen und -fishern.

Der Anteil der Maßnahmen, die explizit auf die Förderung der Landwirtschaft und Fischerei zielen und damit direkt diesen Zielgruppen zugutekommen, liegt derzeit bei knapp 30 Prozent der Zusagen für die gesamten bilateralen Programme für Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung. Zusätzlich profitieren Kleinbetriebe auch von anderen Ansätzen der Förderung ländlicher Räume. So erleichtert der Aufbau der Infrastruktur den Zugang dieser Zielgruppen zum Markt, die Lagerung von Agrarprodukten oder den Zugang zu Finanzierung.

Durch Befragungen werden die Effekte auf die Lebensbedingungen der Kleinbäuerinnen und -bauern konkret erhoben. In vielen Vorhaben wird ein positiver Effekt auch direkt über entsprechende Indikatoren wie Einkommenssteigerung und Verbesserung der Ernährungssituation erfasst.

10. Welchen Stellenwert misst die Bundesregierung der Förderung agrar-ökologischer Anbauverfahren (z. B. Agroforstsysteme, Ökolandbau, Gründüngung, Zwischenfrüchte, Fruchtwechsel) in Entwicklungsländern bei?

Wie spiegelt sich dies in der Förderpolitik und im Haushalt wider?

Die Bundesregierung fördert im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit des BMZ ausschließlich nachhaltige Anbauverfahren. Je nach Standort werden hierbei unterschiedliche Ansätze verfolgt, darunter sowohl der ökologische Anbau, als auch konservierende Bodenbearbeitung, ein System der so genannten sustainable rice intensification, integrierter Pflanzenbau und andere nachhaltige Verfahren. Kernelemente sind, dass die natürlichen Ressourcen nicht verbraucht oder übernutzt werden, die Bodenfruchtbarkeit erhalten bleibt, Schädigungen des Ökosystems vermieden werden, die Mehrkosten für die Betriebe sich wirtschaftlich rentieren und soziale Aspekte Berücksichtigung finden.

11. Wann und durch wen wurde die letzte Evaluation der PPPs im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung durchgeführt, und was war das Ergebnis?

Wird diese Evaluation dem Deutschen Bundestag vorgelegt, und wenn nein, mit welcher Begründung?

Wenn ja, wann?

Entwicklungspartnerschaften (EPWs) mit der Wirtschaft im Bereich Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung wurden bislang nicht evaluiert.

12. Plant die Bundesregierung, PPPs im Bereich Ernährungssicherung in naher Zukunft durch das DEval evaluieren zu lassen?

Wenn ja wann, welche und in welchem Umfang?

Wenn nein, wie begründet sie das?

Es ist vorgesehen, dass DEval den Bereich Ländliche Entwicklung und Privatwirtschaftsförderung in sein mittelfristiges Evaluierungsprogramm aufnimmt. Dabei werden auch entsprechende EPWs geprüft werden.

13. Welche PPPs wurden seit 2009 neu vereinbart, die das Ziel verfolgen, die Ernährungssicherheit zu verbessern (bitte nach Unternehmen, Land, Volumen und Zielstellung auflisten)?

Die Liste in der Anlage 1 enthält die seit 2009 neu vereinbarten developpp.de-Projekte (EPWs) sowie die Projekte der Afrika-Fazilität im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung.

14. Arbeitet das BMZ bei PPPs im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung mit lokalen Akteuren zusammen (wenn ja, bitte nach PPP auflisten)?

Wird die Zivilgesellschaft vor Ort in die Entwicklung von PPPs mit einbezogen (wenn ja, bitte Beispiele nennen)?

Ja, lokale Akteure und die Zivilbevölkerung werden in der Regel in Entwicklungspartnerschaften einbezogen, um einen entwicklungspolitischen Mehrwert zu erreichen. Beispiele hierfür wären:

- Zusammenarbeit mit landwirtschaftlichen Kooperativen (z. B. Maßnahme Partnership Farming India mit Contract Farming India AG (CFI)).
- Zusammenarbeit mit lokalen Zertifizierungsstellen (z. B. Maßnahme Förderung klimafreundlicher Produktionsmethoden in Lateinamerika mit der Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH).
- Zusammenarbeit mit nationalen Agrarbehörden (z. B. Maßnahme Certification Capacity Enhancement mit der Mars GmbH).

15. Inwieweit betreffen die PPPs im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung das Kerngeschäft der Unternehmen, mit denen die Bundesregierung kooperiert (bitte jene Unternehmen nennen, bei denen dies der Fall ist)?

EPWs betreffen generell nicht das Kerngeschäft der kooperierenden Unternehmen.

16. Bilden die folgenden fünf Kriterien nach wie vor die Grundlage für die Bewertung von PPPs:
 1. Vereinbarkeit mit entwicklungspolitischen Zielvorgaben,
 2. Komplementarität (durch Kooperationen werden Ziele kostengünstiger, wirksamer und schneller erreicht),
 3. Subsidiarität (privater Partner würde die Maßnahme nicht durchführen ohne öffentlichen Partner),
 4. Wettbewerbsneutralität,
 5. Eigenbeitrag der Wirtschaft: mindestens 50 Prozent,und wenn nein, warum nicht?

Ja, die genannten Kriterien bilden weiterhin die Grundlage für die Bewertung von PPPs.

17. Hat die Bundesregierung zusätzliche Kriterien für die Entwicklung und Durchführung von PPPs im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung entwickelt, um sicherzustellen, dass sie einen entwicklungspolitischen Beitrag leisten und negative soziale und ökologische Auswirkungen vermieden werden, und wenn ja, wie werden diese Kriterien überprüft?

Grundsätzlich gelten für alle EPWs dieselben Kriterien. Negative soziale und ökologische Auswirkungen sollen nicht nur bei EPWs im Bereich Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung vermieden werden, sondern auch in anderen Bereichen. Die Einhaltung dieser Kriterien wird in einem mehrstufigen Qualitätssicherungsprozess in der Projektvorbereitung tiefgehend überprüft.

Bei Vorschlägen zu Biofuels, Ölfrüchten oder nachwachsenden Rohstoffen wird indes zusätzlich zu den fünf oben genannten Kriterien ein Bewertungsraster zugrunde gelegt, nach welchem unter anderem Fragen zur Konkurrenz um Flächen für Nahrungsmittelproduktion (Landverfügbarkeit), zu Auswirkungen auf aktuelle Nutzungs- und Eigentumsrechte (Verdrängung, Umsiedlung), zur Berücksichtigung von internationalen Umwelt- und Sozialstandards oder zu Auswirkungen auf die Umwelt überprüft werden (Biodiversität, Schadstoffeintrag). Auf Grundlage der Ergebnisse wird über eine Weiterverfolgung des Vorschlages entschieden.

18. In welchen Fällen wurden PPPs im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung angepasst oder abgebrochen, und was waren die genauen Hintergründe dafür?

Projektabbrüche können aus unterschiedlichen Gründen erfolgen. Dazu gehören die Veränderung von Rahmenbedingungen im Partnerland, erhebliche Verzögerungen beim Projektfortschritt oder der Rückzug von Unternehmen aus unternehmenspolitischen Gründen.

Um veränderten Kontexten Rechnung zu tragen, sind Anpassungen von Projekten zahlreich. Hier können menschenrechtliche, soziale und ökologische Kriterien durchaus eine Rolle spielen. Statistisch erfasst werden derartige Anpassungen nicht.

19. Was sind Inhalte, Ansatz, Partner und Ziele folgender Projekte im Schwerpunkt Sicherung der Ernährung, Landwirtschaft:
- a) Projekt der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH mit der Mars GmbH in Ghana in Höhe von 510 000 Euro, das seit 2010 läuft,
 - b) Projekt der DEG mit der Bell Holding AG auf den Philippinen in Höhe von 200 000 Euro, das seit 2010 läuft,
 - c) Projekt der GIZ GmbH mit der BASF Personal Care and Nutrition GmbH auf den Philippinen in Höhe von 315 000 Euro, das seit 2011 läuft,
 - d) Projekt der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft mbH (DEG) mit Bakker Brothers Gebroeders Bakker auf den Philippinen in Höhe von 191 900 Euro, das seit 2011 läuft,
 - e) Projekt der DEG mit Schluter SA in der Demokratischen Republik Kongo (DRC) in Höhe von 198 877 Euro, das seit 2011 läuft,
 - f) Projekt der GIZ GmbH mit Google Germany GmbH mit der Comisión Centroamericana de Ambiente y Desarrollo in Höhe von 699 360 Euro, das seit 2010 läuft?

Siehe Anlage 2.

20. Welche Risiken sieht das BMZ bei Projekten, die inklusive Geschäftsmodelle verfolgen?

Was unternimmt das BMZ, um diese Risiken zu minimieren?

Das BMZ sieht in inklusiven Geschäftsmodellen einen wertvollen Beitrag zur Armutsbekämpfung. Speziell im Agrarbereich können durch solche Geschäftsmodelle Kleinbauernfamilien sowohl als Kunden (z. B. für Saatgut und Dünger) als auch als Zulieferer (zum Absatz ihrer Produkte) eingebunden werden.

Um mögliche Risiken wie etwa die Schaffung einseitiger Abhängigkeiten der Kleinbauern oder eine mangelnde Bereitschaft zu langfristigem Engagement der Vertragspartner zu vermeiden, fördert das BMZ ausschließlich solche Geschäftsbeziehungen, die vertraglich und organisatorisch so geregelt sind, dass sie einen langfristigen Nutzen für die zu fördernde kleinbäuerliche Landwirtschaft versprechen. Zu den hierbei zum Einsatz kommenden Maßnahmen gehören: (1) Unterstützung von Produzentengruppen zur Stärkung der Handlungs- und Verhandlungsposition von Kleinbauernfamilien; (2) Parallele Förderung landwirtschaftlicher Grundausbildung und produktspezifischer Trainings, um Produktivität, Qualität und Diversität der kleinbäuerlichen Produktion zu erhöhen und die Beschäftigungsbedingungen von Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeitern zu verbessern; (3) Die Vermittlung von betriebswirtschaftlichem Grundwissen, damit Kleinbauernfamilien Investitions- und Anbauentscheidungen nach wirtschaftlichen Kriterien fällen und ihren Betrieb wettbewerbsorientiert ausbauen können; (4) Förderung geeigneter Service- und Kommunikationsstrukturen sowie Unterstützung bei der Etablierung von Schlichtungsverfahren; (5) Verbesserung des Zugangs zu Agrarfinanzierung durch Einführung von innovativen und angepassten Finanzprodukten insbesondere auch Agrarversicherungslösungen wie Klima- und Ernteausfallversicherungen.

21. Wie viele Mittel setzt das BMZ für gemeinsame Vorhaben im Bereich der Ernährungssicherung und Landwirtschaft mit der Bill und Melinda Gates Stiftung ein, und wofür werden diese Mittel verwendet (bitte auflisten nach Projekt, Land, Volumen)?

Die folgende Tabelle führt die in 2012 abgeschlossenen und laufenden gemeinsamen Vorhaben des BMZ in Zusammenarbeit mit der Bill und Melinda Gates Stiftung im Bereich der Ernährungssicherung und Landwirtschaft auf.

Projekt	Laufzeit	TZ-Beitrag*	Wesentliche Arbeitsbereiche	Länder
Competitive African Cotton Initiative (COMPACI)	Phase 1: 2009–2012	7,5 Mio. €	<ul style="list-style-type: none"> • Stärkung der landwirtschaftlichen und betriebswirtschaftlichen Kompetenzen auf bäuerlicher Ebene • Stärkung der ländlichen Dienstleistungen • Beratung zu Agrarpolitiken und Förderstrategien • Unterstützung der Produktion von Nahrungskulturen im Rahmen von Fruchtfolgen. 	Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Malawi, Mosambik und Sambia Phase zwei soll auf zwei weitere Länder südlich der Sahara ausgedehnt werden. Der Auswahlprozess ist noch nicht abgeschlossen.
	Phase 2: 2013 – 2015	7,5 Mio. €		
African Cashew Initiative	Phase 1: 2009–2012	6,4 Mio. €	<ul style="list-style-type: none"> • Verbesserung der Produktion in Quantität, Qualität und Effizienz • Verbesserung und Ausweitung der Verarbeitung von Cashew-Nüssen und Cashew-Nebenprodukten • Einrichten und Vernetzen nachhaltiger Lieferketten • Verbesserung der Organisation des Cashew-Sektors 	Benin, Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Ghana, Mosambik
	Phase 2: 2012–2015	3,4 Mio. €		
Sustainable Cocoa Business West Africa	Phase 1: 2009–2014	3,9 Mio. €	<ul style="list-style-type: none"> • Förderung von Farmer Business Schools • Vernetzung der Kakao-Bauern mit Input-Lieferanten, mit ländlichen Finanzinstitutionen, Aufkäufern und Verarbeitern • Erhöhung des Organisationsgrads der Kleinbauern • Erhöhung der Ernährungssicherheit und -qualität 	Côte d'Ivoire, Ghana, Kamerun, Nigeria

* Es handelt sich um länderübergreifende Maßnahmen. Die Mittelzusage erfolgt nicht für ein einzelnes Land und kann nicht nach Ländern getrennt ausgewiesen werden.

22. Wie gestaltet sich die Beteiligung der Bundesregierung an der Scaling Up Nutrition-Initiative (quantitativ und qualitativ)?

Deutschland hat den Kovorsitz in der Gebergruppe der SUN-Initiative. Ein wichtiger Aspekt, der von Seiten der Bundesregierung eingebracht wird, ist die Multidimensionalität der Ernährungssicherung und die besondere Bedeutung einer ernährungssensitiven Landwirtschaft. Zudem unterstützt die Bundesregierung SUN in Malawi (Ernährungserziehung und Schulspeisung) und Bangladesch (Kofinanzierung eines Ernährungsprogramms über das nationale Gesundheitsministerium). Darüber hinaus gibt es noch zahlreiche Vorhaben mit Bezug zur quantitativen und qualitativen Verbesserung der Ernährung, die zwar nicht unter dem Dach der SUN-Initiative durchgeführt werden, die aber mit den nationalen Ernährungssicherungsstrategien – der Grundlage für die Arbeit von SUN – im Einklang stehen und substantiell zu deren Umsetzung beitragen.

23. Wie viele Stellen sind innerhalb des BMZ angesiedelt, um die Kooperation mit der Privatwirtschaft zu verbessern oder entwicklungsorientierte Partnerschaften anzustoßen?

Hat sich der Stellenplan diesbezüglich innerhalb der letzten vier Jahre geändert?

Aus welchen Bereichen wurden gegebenenfalls Stellen abgezogen, um mit diesen Personalressourcen Kooperationsprojekte mit der Privatwirtschaft zu realisieren?

Das Thema Kooperation mit der Privatwirtschaft ist ein Querschnittsthema, welches anteilmäßig im BMZ sowohl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Sektor- als auch in Länderreferaten bearbeitet wird. Eine stellenscharfe Bezifferung der Arbeitskapazität ist daher nicht möglich. Mit dem Haushalt 2012 hat das BMZ einen Stellenzuwachs erhalten, welcher sich auch auf das Querschnittsthema Kooperation mit der Privatwirtschaft auswirkte. Ein Abzug von Stellen aus anderen Bereichen zu Gunsten der Kooperation mit der Privatwirtschaft fand nicht statt.

24. Welche Rolle kommt der Privatwirtschaft in der gerade in Erarbeitung befindlichen Ernährungssicherungsstrategie zu?

Die Strategie befindet sich noch in der Erarbeitung.

25. Wie wird sichergestellt, dass bei Fördervorhaben von Cash Crops und Monokulturen eine diversifizierte Landwirtschaft in der Region erhalten bleibt bzw. ebenfalls gefördert wird?

In den Zielindikatoren der Vorhaben des BMZ zu den Cash Crops Baumwolle, Kakao und Cashews wird die Förderung der Fruchtfolge oder des Intercropings explizit eingefordert und nachgehalten. Im Rahmen des überregionalen Vorhabens zur Förderung der Baumwolle wird explizit eine Zielmarke zur parallelen Steigerung der Nahrungsmittelproduktion eingeführt. Zudem wurden hier konkrete Programme zur Vorfinanzierung weiterer Agrarprodukte aufgelegt. Darüber hinaus wird die Verarbeitung und Vermarktung von Nebenprodukten gefördert.

26. Erhebt die Bundesregierung Daten, wie sich die Einsätze von Düngemitteln und chemischen Pflanzenschutzmitteln in den geförderten Projekten entwickeln?

Wenn ja, wie werden diese Daten den Fachausschüssen des Deutschen Bundestages zugänglich gemacht?

Wenn nein, warum nicht?

Direkte Erhebungen führt die Bundesregierung in Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit derzeit nicht durch. Allerdings zielen die Vorhaben des BMZs auf einen sparsamen und zurückhaltenden Einsatz von Düngemitteln und chemischen Pflanzenschutzmitteln unter Einhaltung von Schutzmaßnahmen ab, wodurch sogar ein Beitrag zu einem geringeren Einsatz dieser Mittel geleistet wird. Darüber hinaus werden die Bäuerinnen und Bauern z. B. in einem überregionalen Baumwollvorhaben in Techniken der nachhaltigen Landnutzung sowie des integrierten Pflanzenschutzes geschult. Auch dies trägt zu einem verminderten Einsatz von Dünger und chemischen Pflanzenschutzmitteln bei.

27. Sind der Bundesregierung Projekte bekannt, bei denen der Geldgeber einen Eigenanteil an der Finanzierung in Form von Sachwerten, d. h. in dem betreffenden Unternehmen hergestellten Dünge- oder Pflanzenschutzmitteln leistet oder bei denen vom Geldgeber hergestellte Produkte zum Einsatz kommen (bitte mit Angabe des Projekts und eingesetzten Produkts auflisten)?

Es ist nicht unüblich, dass Unternehmen Eigenanteile in beschränktem Umfang auch in Form von Sachwerten zu Selbstkosten einbringen. Dabei wird stets darauf geachtet, dass die Partnerländer eine produktneutrale Beratung erhalten. Eine detaillierte Erfassung hierzu gibt es nicht.

28. Kommen in den geförderten Projekten Substanzen zum Einsatz, die nicht in der EU zugelassen sind?

Generell gelten in den Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit die international vereinbarten Grundsätze und Richtlinien zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt (siehe Antwort zu Frage 29).

29. Welche Standards gelten für den Chemikalieneinsatz auf den geförderten Flächen, und entsprechen die Anforderungen den europäischen Auflagen zum Schutz der Anwenderinnen und Anwender sowie der Umwelt?

Es gelten in den Vorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit die in den einschlägigen internationalen Regelwerken vorgegebenen Grundsätze und Richtlinien zum Schutz von Mensch, Tier und Umwelt und zur Förderung des integrierten Pflanzenschutzes (integrated pest management). Von besonderer Bedeutung sind die internationalen Chemikalien-Konventionen (Rotterdam und Stockholm Konvention), der International Code of Conduct on the Distribution and Use of Pesticides der FAO und die operativen Kriterien für Weltbankprojekte (Operational Manual 4.09).

Diese Standards gehen meist über nationale Regelungen und Vorschriften hinaus, die selbstverständlich ebenfalls zu Grunde gelegt werden. Europäische Regelungen sind in vielen Ländern nicht adäquat, da die natürlichen Gegebenheiten (klimatisch, naturräumlich, sowie im Hinblick auf Pflanzen und Schädlinge und das geltende Rechtssystem) nicht vergleichbar sind.

30. Inwiefern beruht die Unterstützung der New Alliance auf einer Analyse früherer PPP-Erfahrungen und insbesondere deren Auswirkungen auf Mangelernährung und Ernährungssouveränität?

Es ist nicht bekannt, ob der New Alliance for Food Security and Nutrition eine Analyse früherer PPP-Erfahrungen durch den G8-Vorsitz der USA in 2012 vorausging. Von Deutscher Seite wurden bislang Entwicklungspartnerschaften“ (EPWs) mit der Wirtschaft im Bereich ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung nicht evaluiert.

31. Wie genau wird sich die von der Parlamentarischen Staatssekretärin Gudrun Kopp in New York im September dieses Jahres bekräftigte deutsche Unterstützung für die New Alliance ausgestalten?

Die Bundesregierung unterstützt die Ziele der New Alliance for Food Security and Nutrition vorrangig durch ihre bilateralen und regionalen Programme des BMZ in Afrika im Bereich Ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung. Punktuell ergeben sich auch Ansatzpunkte für andere Ressorts (z. B. für das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bilaterale Programme in Äthiopien).

32. Wie kann vermieden werden, dass die an der New Alliance beteiligten transnationalen Agrarunternehmen, wie Cargill, DuPont, Monsanto und Unilever, nicht ihre geschäftlichen Interessen in den Vordergrund stellen, sondern die Fähigkeit von Kleinbäuerinnen und -bauern fördern, sich selbst und den lokalen sowie regionalen Markt zu versorgen?

Die Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern, die im Mai 2012 beschlossen wurden, sind ein explizit genannter und klarer Bezugsrahmen für alle Kooperationsabkommen zwischen den bisher sechs afrikanischen Partnerländern, den beteiligten Unternehmen und der G8. Zusätzlich haben sich die beteiligten Unternehmen verpflichtet, jährlich über die Umsetzung auch in Bezug auf die Freiwilligen Leitlinien zu berichten.

33. Inwiefern sehen die Pläne der New Alliance vor, gentechnisch verändertes Saatgut in Afrika zu verwenden, und welche Position bezieht die Bundesregierung hierzu?

Die Bundesregierung fördert im Rahmen ihrer Vorhaben den Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut nicht. Dies ist auch nicht Ziel der New Alliance for Food Security and Nutrition.

34. Wie bewertet die Bundesregierung den bereits vorliegenden New-Alliance-Plan für Mosambik, in dem sich das Land zum Verzicht auf die Verteilung traditionellen, lizenzfreien Saatguts und zur Umsetzung von Regeln zum geistigen Eigentum im Saatgutbereich verpflichtet, in Bezug auf mögliche Auswirkungen auf die Lebensgrundlage von Kleinbäuerinnen und -bauern sowie die Ernährungssouveränität des Landes?

Ziel der New Alliance in Mosambik ist, die Voraussetzungen für lokale und internationale Investitionen in den Landwirtschaftssektor zu erhöhen, um so Armut und Hunger im Land zu reduzieren. Kleinbäuerinnen und -bauern stehen im Fokus des Plans. In diesem Kontext wird es als wichtig erachtet, die Verbreiterung und heimische Produktion von verbessertem Saatgut zu fördern und hierfür Anreize für den Privatsektor zu schaffen (z. B. durch Schutz der Eigentumsrechte). Die Bundesregierung setzt sich innerhalb der G8-Initiative dafür ein, einen breiten Technologieansatz zu verfolgen, der insbesondere züchterische Methoden berücksichtigt und traditionelle und standortgerechte Lösungen einschließt. Ziel ist es, einen Beitrag zur Ernährungssicherung zu leisten und keine Abhängigkeiten für Kleinbauern zu schaffen.

35. Wie bewertet die Bundesregierung den von der Elfenbeinküste vorgelegten New-Alliance-Plan, in dem sich das Land zur Förderung der Vermarktung von Muttermilchersatzprodukten verpflichtet vor dem Hintergrund der erheblichen Risiken, die mit dem Einsatz von Milchersatzprodukten in Regionen mit mangelhafter Trinkwasserqualität verbunden sind?

Im Cooperation Framework to Support the New Alliance for Food Security and Nutrition in Côte d'Ivoire wird im Zusammenhang mit Ernährungssicherung ein Gesetzesprojekt zur Vermarktung von Muttermilchersatz erwähnt. Muttermilchersatz ist z. B. notwendig bei Müttern mit HIV/AIDS. In Fällen von Unter- und Mangelernährung sollen über Gesundheitszentren Nahrungsergänzungsmittel, u. a. Therapeutische Milchprodukte, verteilt werden. Bisher wird Muttermilchersatz in Côte d'Ivoire nur in sehr geringem Umfang und nur in urbanen Gegenden genutzt, wo die Trinkwasserqualität als ausreichend eingestuft wird.

Grundsätzlich soll der Einsatz von Muttermilchersatzprodukten jedoch nicht als Alternative zur Brustfütterung ausgeweitet werden. Das umfassende Stillen in den ersten sechs Monaten hat in Côte d'Ivoire Priorität und soll weiter ausgebaut werden.

36. Wie wird generell die Wirksamkeit marktbasierter Ansätze beurteilt, es mangel- und unterernährten Menschen zu ermöglichen, ihr Recht auf angemessene Ernährung wahrzunehmen?

Um Mangel- und Unterernährung zu bekämpfen, bedarf es eines übersektoralen und integrierten Ansatzes. Ein elementares Element stellt die Marktintegration von Kleinbäuerinnen und -bauern dar. Diese kann zu einer Einkommenssteigerung, einer verbesserten Versorgung mit Inputgütern und Technologien sowie einer besseren Versorgung mit Nahrungsmitteln auf den lokalen Märkten führen. Zudem trägt ein verbesserter Handel zu einem besseren Ausgleich von Überschuss- und Defizitgebieten bei.

37. Inwieweit hat die Deutsche Initiative für Agrarwirtschaft und Ernährung (DIAE) ihr Ziel erreicht, einen nachhaltigen Beitrag zur Ernährungssicherung in Schwellen- und Entwicklungsländern zu leisten?

Wird die Zivilgesellschaft in den jeweiligen Ländern in die Initiative einbezogen, und wenn ja, inwiefern?

Wie wird die Erreichung des Ziels gemessen?

Die DIAE wurde erst im Juni 2012 gegründet, bislang wurden keine Vorhaben abgeschlossen oder evaluiert. Derzeit sind Vorhaben zur Förderung der Wertschöpfungsketten Reis, Kartoffeln, Ölsaaten sowie zur Bekämpfung der Mangelernährung in Planung. Im Falle des Vorhabens zur Bekämpfung der Mangelernährung ist bereits jetzt ein starkes Engagement der lokalen Zivilgesellschaft vorgesehen. In den anderen Fällen laufen die Planungsprozesse. Über klare Indikatoren, die in der noch laufenden Planungsphase erarbeitet werden, soll der konkrete Beitrag des Vorhabens zur Verbesserung der Ernährungssicherung bis auf die Haushaltsebene hinunter über einschlägige und international vereinbarte Indikatoren gemessen werden.

Über die Einbindung der lokalen Zivilgesellschaft hinaus wird das BMZ im Rahmen des Arbeitskreises Welternährung ab Ende Januar 2013 einen Prozess zur Erarbeitung von klaren und verpflichtenden Qualitätskriterien für DIAE-Vorhaben starten, die verpflichtend in diesen Vorhaben eingehalten werden müssen.

38. Gibt es Pläne für weitere Direktinvestitionen des Africa Agriculture and Trade Investment Fund (AATIF) neben den bereits laufenden in Sambia und Ghana?

Wenn ja, in welchem Land, mit welchem Partner, und wie soll die Investition genau aussehen?

Die Direktfinanzierungen sollen planmäßig ausgebaut werden. In verschiedenen Ländern werden derzeit Prüfungen durchgeführt, deren Ergebnisse noch offen sind. Grundsätzlich ist der Fonds verpflichtet, innerhalb von fünf Jahren in mindestens sechs verschiedenen Ländern in Subsahara-Afrika Finanzierungen herauszulegen, vier davon sollen LDC sein. Derzeit arbeitet der Fonds vor allem mit lokalen afrikanischen Finanzinstitutionen als Partner zusammen. Der Fonds hat sich nicht auf einen bestimmten Typ von Investitionen festgelegt, sondern prüft in jedem Einzelfall den entwicklungspolitischen Mehrwert und die Beiträge der Partner. Zudem hat sich der Fonds verpflichtet, innerhalb von fünf Jahren mindestens 20 Mio. Euro für Vertragslandwirtschaften, in denen Kleinbauern eingebunden sind, zur Verfügung zu stellen.

Stand 20.12.2012

Anlage 1

DO	Finanzierung	Partnerland	Firma	Land Priv.-Partner	Beginn	Projektbezeichnung
GIZ	Strategische Allianz	Afrika NA	Bayer CropScience AG	Deutschland	2009	Safe and Effective use of agro chemicals by small farmers through promotion of GAP and implementation of standards
GIZ	Strategische Allianz	Äthiopien	Fortune Enterprise PLC (Bamboo Plantation, Biomass and Industry)	Äthiopien	2012	Establishment of a Bamboo Processing Industry in Ethiopia
GIZ	Wettbewerb	Äthiopien	Original Food GmbH	Deutschland	2010	Schutz der Bergregenwälder und Biodiversität sowie Aufbau der Supply Chain für Wildkaffee und weitere Produkte
GIZ	Wettbewerb	Äthiopien	WALA Heilmittel GmbH	Deutschland	2011	Outgrowing rosa damascena and know-how transfer in essential oil production
GIZ	Wettbewerb	Bolivien	Infersnack Procurement b.v.	Niederlande	2012	Sustainable Sourcing of Peanuts from Bolivia
GIZ	Wettbewerb	Burkina Faso	Maximum Trading BV	Niederlande	2009	Verbesserung der Sesamproduktion nach internationalen Standards
GIZ	Fonds Fragile Staaten WA	Côte d'Ivoire	OLAM Ivoire Sarl	Côte d'Ivoire	2012	Cashew supply chain management
GIZ	Wettbewerb	Gabun	Shell Gabon	Gabun	2010	Strengthening Gamba's local administration to support economic diversification in the region of Gamba
GIZ	Fazilität (Afrika)	Ghana	DuPaul Wood Treatment Ltd.	Ghana	2009	Development of value chains for agroforestry products
GIZ	Fazilität (Afrika)	Ghana	Golden Star Oil Palm Plantation	Ghana	2012	Oil Palm and Cocoa Production and Health
GIZ	Strategische Allianz	Ghana	Mars GmbH	Deutschland	2010	Certification Capacity Enhancement (CCE)
GIZ	Wettbewerb	Indien	Contract Farming India AG (CFI)	Schweiz	2010	Partnership Farming India
GIZ	Wettbewerb	Indien	Pernod Ricard Italia	Italien	2010	Facilitating wealth creation for Indian spice farmers in Kerala
GIZ	Wettbewerb	Indien	Thomson Reuters India Pvt Ltd.	Indien	2012	SMS Services for Small Farmers in Uttarakhand
GIZ	Wettbewerb	Kongo Dem. Rep.	NATEVA SAS	Frankreich	2012	Developing production of organic essential oils in Ituri
GIZ	Wettbewerb	Lateinamerika NA	Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH (GIRS)	Deutschland	2010	Förderung klimafreundlicher Produktionsmethoden in Lateinamerika
GIZ	Wettbewerb	Lateinamerika NA	tegot... Gutberlet Stiftung & Co. KG	Deutschland	2010	Aufbau von Wertschöpfungsketten aus Agrosystemen im Amazonasgebiet durch Fruchtverarbeitung mit angepasster Technik
GIZ	Wettbewerb	Madagaskar	LECOFRUIT-VELONA	Frankreich	2012	Income diversification of small-scale farmers in highlands of Madagascar
GIZ	Wettbewerb	Madagaskar	SYMRISE	Deutschland	2010	Promotion of sustainable vanilla production for small-scale farmers in Madagascar

DO	Finanzierung	Partnerland	Firma	Land Priv.-Partner	Beginn	Projektbezeichnung
GIZ	Wettbewerb	Madagaskar	SYMRISE	Deutschland	2010	Promotion of sustainable vanilla production for small-scale farmers in Madagascar
GIZ	Fazilität (Afrika)	Mauretanien	P.C.A. Sarl	Mauretanien	2009	Pérenisation de la conchyliculture en Mauretanie
GIZ	Wettbewerb	Nicaragua	ECOM, EXPORTADOR ATLANTIC S.A.	San Marino	2012	Development of cocoa production, processing, commercialization with the AMASAU indigenous community
GIZ	Wettbewerb	Peru	Kölla Hamburg. Overseas Import GmbH & Co. KG	Deutschland	2012	Stärkung von Kleinbauern zur Erschließung des Marktpotenzials von saisonalem Obst und Gemüse
GIZ	Strategische Allianz	Philippinen	BASF Personal Care and Nutrition GmbH	Deutschland	2011	Nucleus of Change: sustainable coconut (oil) production in the Philippines
GIZ	Wettbewerb	Senegal	Teekanne GmbH & Co. KG	Deutschland	2012	Aufbau einer professionellen supply chain von Hibiscus sabdariffa in Senegal
GIZ	Wettbewerb	Sri Lanka	Dr. Bronner's Magic Soaps	USA	2011	Increased productivity of coconut growers in Sri Lanka through better fertilization practices
GIZ	Wettbewerb	Thailand	Schutzgemeinschaft der Fruchtsaft-Industrie e.V.	Deutschland	2012	Verbesserte Produktsicherheit und -qualität für die thailändische Fruchtsaftindustrie
GIZ	Wettbewerb	Uganda	Esco Uganda Ltd	Uganda	2011	Promotion of climate friendly cocoa growing
GIZ	Strategische Allianz	Uganda	Plexus Cotton Ltd.	Grossbritannien	2009	Strategic Alliance for the promotion of organic cotton production and processing of cotton seed oil
GIZ	Strategische Allianz	Zentralasien	CLAAS Global Sales GmbH	Deutschland	2009	Aufbau von landwirtschaftlichen Beratungssystemen und landtechnischen Servicestrukturen in Zentralasien
DEG	Fazilität	Ägypten	Martin Bauer	Deutschland	2011	Technologietransfer und Capacity Building zur Vermeidung von Pestizidbelastungen in der ägyptischen Pflanzenproduktion (Kräuter, Obst, Gemüse)
DEG	Fazilität	Ägypten	Soil & More	Europa N.A.	2009	Pilotprojekt zur Entwicklung eines Datenbankmoduls sowie eines Zertifizierungsverfahrens für die Administration und Zertifizierung von klimarelevanten Schadstoffen.
DEG	Fazilität	Bolivien	CERES	Deutschland	2010	Web-basiertes Standardverwaltungs- und Kontrollprogramm für ökologisch wirtschaftende Kleinbauernorganisationen. Ehemals E4131 - Indien. Nach dem Ausstieg von IMO, bedingt durch den Tod des projektverantwortlichen Dr. Bächli, übernimmt CERES alle inhaltlich
DEG	Fazilität	Brasilien	E.D.E. Embden, Drishaus & Epping	Deutschland	2012	Verbesserung der Kaffeequalität durch Qualifizierung

DO	Finanzierung	Partnerland	Firma	Land Priv.-Partner	Beginn	Projektbezeichnung
DEG	Fazilität	Burkina Faso	Foundation for Sustainable Agriculture	Deutschland	2009	Alphabetsierung von Baumwolle produzierenden Kleinbauern. Ziel: Steigerung der Baumwollqualität
DEG	Fazilität	China VR	Business Concepts Verwaltungs GmbH	Deutschland	2010	Produktivitätssteigerung in der Schweineproduktion
DEG	Fazilität	Costa Rica	Calvatis GmbH	Deutschland	2012	Qualitätskontrolle und ressourcenschonende Einführung von Reinigungsmethoden in milchverarbeitenden Betrieben.
DEG	Fazilität	Côte d'Ivoire	ECOM AGROINDUSTRIAL CORP. LTD	Europa N.A.	2009	Aufbau eines Modells zur nachhaltigen Verbesserung der Lebensbedingungen von kleinen Kakaobauern in der Cote d'Ivoire, das auf andere Länder und andere kleinbäuerliche Agrocommodity-Produkte insgesamt übertragen werden kann
DEG	Fazilität	Dominikanische Republik	Bio Tropic GmbH	Deutschland	2012	Aufbau eines ökologischen Qualifikation- und Informationszentrums für die Implementierung Grüner Technologien in der Dominikanischen Republik
DEG	Fazilität	Dominikanische Republik	Cafédirect plc	Europa N.A.	2012	Kleinbauernförderung im Kaffeeanbau in Haiti und der Dom.Republik
DEG	Fazilität	Ghana	Milani Fairtrade GmbH	Europa N.A.	2010	Kleinbauernqualifizierung und Unterstützung mit Produktionsmitteln
DEG	Fazilität	Ghana	Pinora Limited	Afrika NA	2009	Qualifizierung von Kleinbauern im Anbau von Orangen.
DEG	Fazilität	Indien	Do It B.V.	Europa N.A.	2010	Qualifizierung von Kleinbauern zum Anbau von Bio-Soja inkl. Abnahmegarantien
DEG	Fazilität	Indien	Luigi Lavazza s.p.a.	Europa N.A.	2011	Nachhaltige Kaffe-Produktion unter Einbeziehung von Kleinbauern in Kanataka, Indien
DEG	Fazilität	Indien	Quality Services International GmbH	Deutschland	2011	Nachhaltige Verbesserung der Qualität und Sicherheit indischer Lebensmittel - Schwerpunkt Honig - im internationalen Handel durch Übertragung von Know-how in den Bereichen Produktion und Analyse für Kleinbauern, Imker und Labormitarbeiter
DEG	Fazilität	Indien	TÜV Rheinland (India) Pvt. Ltd.	Asien NA	2010	Beispielhafte Einführung von Qualitäts- u. Sicherheitsstandards im Bereich der Milchwirtschaft
DEG	Fazilität	Indonesien	Jortech Energie B.V.	Europa N.A.	2010	Kleinbauernqualifizierung zum Anbau von Stevia
DEG	Fazilität	Kambodscha	TÜV Rheinland Vietnam Co. Ltd.	Asien NA	2011	Cambodia - Safety Hygiene and Resource Efficiency practices implementation for fisheries and agro industries

DO	Finanzierung	Partnerland	Firma	Land Priv.-Partner	Beginn	Projektbezeichnung
DEG	Fazilität	Kasachstan	MMW Systems GmbH	Deutschland	2009	Getreideverarbeitung, Produktdiversifizierung, Kompetenz- und Servicezentrum
DEG	Fazilität	Kenia	Mount Elgon Orchards Ltd.	Afrika NA	2010	Aufbau eines Wohnungsbauprogramms aus Zinsspalungsmitteln PREFUND.
DEG	Fazilität	Kongo Dem. Rep.	Schluter SA	Europa N.A.	2011	Quality Improvement and Utz certification of 6,000 coffee growers in six different areas in the Kivu Region
DEG	Fazilität	Laos	Pro Arkades	Deutschland	2009	Demonstrationsprojekt zur Einführung von Aquaponik-Systemen
DEG	Fazilität	Madagaskar	Pronatec AG	Europa N.A.	2011	Nachhaltige Entwicklung, Implementierung und Ausbau einer Produktions-, Verarbeitungs- und Vermarktungskette für Bio und Fair-Trade zertifizierte Vanille und Gewürze aus Madagaskar.
DEG	Fazilität	Mexiko	IAK Agrar Consulting GmbH	Deutschland	2011	Übertragung eines Entscheidungsunterstützungssystems zur Anpassung der Land- und Wasserwirtschaft an die Auswirkungen des Klimawandels in Mexiko
DEG	Fazilität	Mosambik	Localidade de Chinhequete	Afrika NA	2011	Aufbau eines berufbildenden Aus- und Fortbildungszentrums für Agrar- und Landwirtschaft.
DEG	Fazilität	Nicaragua	HillFresh International B.V.	Europa N.A.	2011	Establishing of a melon outgrower scheme, Nicaragua
DEG	Fazilität	Nigeria	ECOM AGROINDUSTRIAL CORP. LTD	Europa N.A.	2009	Modellprojekt zur Einführung von zertifiziertem nachhaltigen Kakaoanbau in Nigeria.
DEG	Fazilität	Paraguay	Granular AB	Europa N.A.	2010	Kleinbauernqualifizierung zum nachhaltigen Anbau von Stevia (Zuckerersatzstoff)
DEG	Fazilität	Peru	Van der Staaij Barendrecht BV	Europa N.A.	2010	Anbau und Verarbeitung von Spargel, Schulung und Zertifizierung von Kleinbauerngruppen
DEG	Fazilität	Peru	Van Ooijen Citrus B. V.	Europa N.A.	2010	Anbau von Granatäpfeln unter Einbeziehung von ausgewählten Vertragsbauern.
DEG	Fazilität	Philippinen	Bell Holding AG	Europa N.A.	2010	Die Bestände des Gelbflossen-Thunfisches im Indischen und Pazifischen Ozean gelten als massiv überfisch. Im Rahmen des PPP-Projektes erfolgt gemeinsam mit dem WWF die Einführung einer nachhaltigen Befischung durch Implementierung einer Marine StewardshipC
DEG	Fazilität	Philippinen	Erbacher Food Intelligence GmbH & Co. KG	Deutschland	2012	Kleinbauernqualifizierung zum Anbau von zertifizierten, organischen Trockenfrüchten

DO	Finanzierung	Partnerland	Firma	Land Priv.-Partner	Beginn	Projektbezeichnung
DEG	Fazilität	Philippinen	Sea Fresh BV	Europa N.A.	2010	Die Bestände des Gelbflossen-Thunfisch im Indischen und Pazifischen Ozean gelten als massiv überfisch. Im Rahmen des PPP-Projektes erfolgt gemeinsam mit dem WWF die Einführung einer nachhaltigen Befischung durch Implementierung einer Marine StewardshipCo
DEG	Fazilität	Sambia	Cargill Cotton Ltd.	Europa N.A.	2011	Improving educational infrastructure, provision of clean drinking water and sanitation in Zambian CmiA areas
DEG	Fazilität	Serbien	ECOLAND Herbs & Spices GmbH	Deutschland	2011	Entwicklung und Implementierung ökologischen Anbausysteme für exportfähige Obst und Gemüse einschl. einer nationalen Gesetzgebung
DEG	Fazilität	Serbien	Sunoko d.o.o.	Europa N.A.	2009	Qualifizierung von Zuckerrübenbauern
DEG	Fazilität	Südafrika	Bakker Brothers Gebroeders Bakker	Europa N.A.	2011	Capacity building for seed industry development in South Africa.
DEG	Fazilität	Tansania	Intersnack Group GmbH & Co. KG	Deutschland	2011	Innovative Traceability Control and Training Systems to improve Smallholder Livelihoods in Cashew Nut Production
DEG	Fazilität	Überreg. Welt	Soil & More	Europa N.A.	2011	Comprehensive sustainability assessment and reporting platform for certification bodies and other organizations and companies of the sustainable agriculture movement
DEG	Fazilität	Vietnam	Organic Trade Holland B.V.	Europa N.A.	2012	Kleinbauernqualifizierung zum Anbau von zertifiziertem organischen Ingwer

Anlage 2

Finanzierung	DO	Partnerland	Private Partner	Beginnjahr	Projektbezeichnung	Kurzbeschreibung
Strategische Allianz	GIZ	Ghana	Mars GmbH	2010	Certification Capacity Enhancement (CCE)	Das Vorhaben „Certification Capacity Enhancement (CCE): Verbesserung des Zugangs zu nachhaltiger Zertifizierung im Kakao Sektor“ (03/2010 – 02/2013): Das Ziel der Partnerschaft zwischen Standardinitiativen, Privatunternehmen (Mars, Kraft Foods, Armajaro, Continaf, u.a.) und NGOs ist es, die nachhaltige Produktion von Kakao aus kleinbäuerlicher Produktion in Westafrika zu fördern. Durch die Entwicklung eines gemeinsamen übergreifenden Trainingskonzepts werden Bauern aus Côte d'Ivoire, Ghana und Nigeria entsprechend der Anforderungen aller drei führenden Standardsysteme im Kakao Sektor – Fairtrade, Rainforest Alliance und UTZ Certified – ausgebildet. So können sie ihre Produkte mit nur geringem Mehraufwand nach mehreren Standards zertifizieren lassen und erhalten somit einen Zugang zu weiteren Märkten. Basierend auf den Pilottrainings wurde das Trainingsmaterial bereits weiterentwickelt und auf die drei Projektländer angepasst sowie etwa 135 Mastertrainer ausgebildet (davon 62 in der Côte d'Ivoire). Bisher wurden in den drei CCE-Ländern etwa 20.000 Bauern ausgebildet, von denen etwa 85 anschließend die Zertifizierung erreicht haben.
Strategische Allianz	GIZ	Philippinen	BASF Personal Care and Nutrition GmbH	2011	Nucleus of Change: sustainable coconut (oil) production in the Philippines	The objective of the measure is to improve the livelihood of small-holder farmers in the coconut industry by promoting the sustainable production of quality coconut oil in the Philippines. The approach is to link quality improvement with good agricultural practices through the application of a sustainability standard. In order to achieve this, the measures will build capacity at coconut farmers' and cooperative level. The Rainforest Alliance Sustainable Agricultural Network (SAN) standard shall be introduced to ensure a sustainable cultivation of coconuts and of crops grown together with coconuts (economic, social and environmental sustainability).
IEPW	GIZ	Comisión Centroamericana de Ambiente y Desarrollo	Google Germany GmbH	2012	Reduzierung von Emissionen durch Entwaldung und Walddegradierung (REDD) in Zentralamerika und der Dom. Republik	Ziel der IEPW ist es, eine Plattform zum Überwachen und Visualisieren von Wäldern in Zentralamerika und der Dom. Republik zu entwickeln und nachhaltig zu implementieren. Dies erlaubt es, unterschiedlichen Nutzern die Daten einfach und schnell zu verarbeiten („Demokratisierung der Information“).
Wettbewerb	DEG	Philippinen	Bell Holding AG	2010		Ziel dieses Vorhabens ist es, die durch Überfischung bedrohten Thunfischbestände vor der philippinischen Küste nachhaltig zu nutzen und so als Lebensgrundlage für die ansässige Bevölkerung zu erhalten. Hierzu sollen in Zusammenarbeit mit lokalen NGOs die Organisationsstruktur der Fischer und das Fischerei-Management verbessert sowie schonende Fangmethoden eingesetzt werden, die die Grundlage für die Zertifizierung nach Marine Stewardship Council sind. Zusammen mit einem System, das die Rückverfolgung der Fänge ermöglicht, sichert dies langfristig den Absatz. In diesem Programm kooperieren das Handelsunternehmen Coop Genossenschaft, die Bell Holding AG und der World Wide Fund for Nature, die zusammen 68% der Gesamtprojektkosten tragen.

Finanzierung	DO	Partnerland	Private Partner	Beginnjahr	Projektbezeichnung	Kurzbeschreibung
Wettbewerb	DEG	Südafrika	Bakker Brothers	2011		Das Ziel des PPP-Projekts in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Gebroeders Bakker Zaadteelt en Zaadhandel B.V., das 50% der Projektkosten trägt, ist es, ein Ausbildungsprogramm zu etablieren, das Wissen in Anbau, Marketing und Weiterentwicklung von Saatgut vermittelt. Die Ausbildung richtet sich an drei Zielgruppen: Postgraduierte in dem Bereich der Saatgutforschung, Personen mit erster Berufserfahrung in den Bereichen Distribution und Marketing von Saatgut und Landwirte. Die Kurse werden von der südafrikanischen Saatgutorganisation akkreditiert, so dass die Teilnehmer national anerkannte Abschlusszertifikate erhalten. Das Ausbildungsprogramm wird als Bestandteil des Social Corporate Responsibility Program des Partnerunternehmens auch über die Projektlaufzeit hinaus finanziert werden und somit nachhaltig Bestand haben. Von dem Ausbildungsprogramm sollen insgesamt 700 Personen profitieren, davon etwa die Hälfte Frauen.
Wettbewerb	DEG	Demokratischen Republik Kongo (DRC)	Schluter SA	2011		Ziel dieses PPP-Projekts ist es, das Einkommen von 6.000 Kaffee anbauenden Kleinbauern aus der von jahrelangen Bürgerkriegen gezeichneten Kivu Region in der Demokratischen Republik Kongo zu erhöhen. Der Kaffeeanbau generiert dort 65 Prozent des Einkommens der Farmer, denen dennoch oft weniger als ein Dollar am Tag zur Verfügung steht. Im Rahmen des Programms werden Trainingsmaßnahmen zur Erhöhung der Erträge und Verbesserung der Qualität des Kaffees durchgeführt und auf dieser Grundlage die Zertifizierung nach dem weltweit akzeptierten UTZ Organic-Standard angestrebt. Außerdem wird die Infrastruktur des örtlichen Kaffeesektors wieder aufgebaut. Die Firma Schluter SA führt das Projekt gemeinsam mit einem lokalen Partner durch, der bereits viel Erfahrung in diesem Sektor und dieser Region gesammelt hat. Bei der konkreten Durchführung werden die beiden Unternehmen zudem von einer NGO beraten. Der private Partner trägt 52% der Projektkosten.